

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 22. Februar 1958

Blatt 282

Gesperrt bis Sonntag, 18 Uhr:

Stadtrat Mandl vor den Vertretern der europäischen Presse  
=====

22. Februar (RK) Im Wiener Stadtsenatsitzungssaal wurde am Sonntag die Tagung der europäischen Presse eröffnet. Als erster Redner sprach Stadtrat Mandl. Er führte aus:

"Anlässlich der Europäischen Parlamentarier-Konferenz, die im September 1956 in Wien tagte, gab der Herr Bürgermeister der Bundeshauptstadt bekannt, daß die Wiener Gemeindeverwaltung daran denke, ein Europa-Institut zu schaffen, dessen oberstes Ziel es sein soll, die Integration Europas zu fördern. Als Amtsführender Stadtrat der Geschäftsgruppe für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung erhielt ich den Auftrag, die Vorbereitungsarbeiten aufzunehmen. Bei der Durchführung des Aktionsprogrammes mußte eine Fülle von Problemen in initiativer Weise gelöst werden, da wir keine eigenen Erfahrungen auf diesem Gebiet hatten. Wir waren uns bewußt, daß der Weg zur Gründung einer zentralen Institution von so großer Bedeutung nur etappenweise zurückgelegt werden kann, ohne daß dabei der Gesamtplan aus den Augen verloren werden darf. In der Erkenntnis, daß die wirtschaftliche und politische Integration Europas, durch tiefeingewurzelte nationale Vorurteile und Ressentiments gehemmt, geistig vorbereitet werden muß, wurde als erste Aktion im August 1957 ein Seminar für europäische Erzieher einberufen, in dem rund 30 namhafte Pädagogen europäischer Städte aus elf Ländern über das Thema "Erziehung zu Europa" sprachen. Wer wäre besser geeignet gewesen, ein Bekenntnis zu unser aller Urheimat, zu Europa, zur Einheit der abendländischen Kultur und zu deren bis heute lebendig gebliebenen schöpferischen Kräften

./.

abzulegen, als die Pädagogen, deren Funktion es ist, lebendiges Wissen und echte Bildung zu vermitteln, die heranwachsende Generation für all das Große zu begeistern, das die Vergangenheit hervorgebracht hat, die Werte der Gegenwart zu bewahren und an die Zukunft weiterzugeben.

Den nächsten Schritt, den heutigen, taten wir in dem Bewußtsein, daß es ganz besonders notwendig sei, die öffentliche Meinung für den Europagedanken zu mobilisieren. Als jüngste Großmacht des öffentlichen Lebens und als eines seiner Hauptorgane ist die Presse vielleicht der bester Bundesgenosse bei der Verwirklichung unserer Absicht. Journalisten und Publizisten müssen unserer Meinung nach ihren ganzen Einfluß aufbieten und mithelfen, unserem festen Glauben an Europa weiteste Resonanz **zu** verleihen. Hier ist für sie Gelegenheit, die heute oft vielfach verkannte positive Auswirkung eines Massenbeeinflussungsmittels überzeugend vor Augen zu führen. Zum Presse-Seminar haben sich 50 Delegierte aus 14 europäischen Ländern eingefunden, die 49 bedeutende europäische Zeitungen vertreten. Weiters werden acht wichtige europäische Organisationen, darunter der Europa-Rat, die hohe Behörde für Kohle und Stahl, die Europäische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie europäische Fachvereinigungen der Presse mit neun Delegierten vertreten sein. Neun Referenten kommen aus fünf Ländern und werden die Beratungen mit Fachreferaten einleiten. Das Seminar der europäischen Presse soll - wie schon einmal erwähnt - der zweite Schritt auf dem Wege zur Gründung eines Europa-Institutes sein.

Im Juni dieses Jahres wird im Rahmen der Wiener Festwochen das erste Europa-Gespräch in Wien stattfinden. Hier werden Staatsmänner und prominente Vertreter des politischen Lebens das Wort ergreifen und ihre Meinungen darüber austauschen, wie die Möglichkeiten zum Aufbau eines einheitlichen Europas am besten verwirklicht werden können.

Wir hoffen, daß sich aus allen diesen Ansätzen eine dauernde Einrichtung entwickeln wird, deren ständiger Sitz Wien ist, eine Art Forum, ein Sammel- und Mittelpunkt der vereinten Kraftanstrengungen aller, die sich dafür einsetzen, die Idee der Einheit Europas aus ihrem amorphen Anfangsstadium herauszuführen und feste Gestalt werden zu lassen.

Ich habe die ehrenvolle Aufgabe, Sie alle auf das herzlichste zu begrüßen und Ihnen für die Bereitwilligkeit zu danken, mit der Sie unserer Einladung Folge geleistet haben, an der Tagung teilzunehmen. Ich bin davon überzeugt, daß durch die aktive Mitwirkung jedes einzelnen von Ihnen an den Beratungen die heute beginnende Veranstaltung einen gedeihlichen Verlauf nehmen und Ergebnisse zeitigen wird, die unsere gemeinsamen Bemühungen konkretisieren, konsolidieren und propagieren sollen. Sie werden sich in unserer Stadt, die ihren Ruf, besonders gastfreundlich zu sein, Ihnen gegenüber erneut bestätigen und rechtfertigen will, gewiß wohl fühlen und nach Beendigung des Seminars bleibende Eindrücke mit nach Hause nehmen, in dem schönen Bewußtsein, einer guten Sache einen guten Dienst geleistet zu haben!"

- - -

Gesperrt bis Sonntag, 18 Uhr:

Bürgermeister Jonas eröffnete Tagung der europäischen Presse  
=====

22. Februar (RK) Bürgermeister Jonas hielt bei der Tagung der europäischen Presse, die am Sonntag abend im Stadtsenatsitzungs-saal begann, die Eröffnungsrede. Der Bürgermeister führte aus:

"Die Stadt Wien hat Sie, die Vertreter bedeutender europäischer Zeitungen und Organisationen für eine Woche zu Gast geladen, eine Woche, die ernster Arbeit, aber auch der Entspannung und der Bereicherung gewidmet sein soll. Sie haben in dankenswerter Weise Ihre Mitwirkung an dieser Tagung der europäischen Presse zugesagt und damit die Bereitschaft ausgedrückt, Ihren Beitrag zur europäischen Integration, einer Schicksalsfrage unseres Kontinentes, zu leisten.

Wir leben in einer Zeit, die infolge ihrer geistigen, gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Spannungen immer mehr aus den Fugen zu geraten scheint. Darum wird es notwendig, ehe es zu spät ist, die oft divergierenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Strömungen zu koordinieren und zu festigen. Hiezu ist Selbstbesinnung geboten. Auf unserem, durch das Zusammenwachsen verschiedener Landblöcke entstandenen Kontinent ist

die größte Vielfalt an geologischen Formen wohl auf kleinstem Raum zusammengedrängt. Diesem Aufbau entspricht auch die Vielfalt der Lebensräume und Kulturen, die erst in jahrtausendelanger Entwicklung zur Einheit gelangten. Besinnen wir uns auf die nahe Verwandtschaft fast aller europäischer Nationen, auf ihren gemeinsamen Ursprung, auf die engen Beziehungen ihrer Sprachen zueinander, auf die Gemeinsamkeit ihrer geschichtlichen Vergangenheit! Die Bewohner Europas sind in Wahrheit eine große Familie. Wenn wir uns zu ihr bekennen, folgen wir einem natürlichen Gefühl. Wer ein Bekenntnis zu Europa ablegt, huldigt keinem Phantasieprodukt, keinem konstruierten, abstrakten Gebilde, sondern bejaht jene unvergänglichen schöpferischen Leistungen, die die abendländische Kultur hervorgebracht haben. Diese treten uns ebenso in der griechischen Kunst und Philosophie entgegen, wie im römischen Recht, das noch immer gilt, und in der Staatskunst des römischen Weltreichs, aber auch in den folgenden Phasen jener gewaltigen Evolution, die über Spätantike und christliches Mittelalter zur Neuzeit und zur Prägung des modernen Weltbildes führte, an der alle europäischen Völker Anteil haben. So gesehen, ist Europa nicht nur der ehrwürdige Zeuge einer großen gemeinsamen Vergangenheit, unser aller Mutter, sondern auch der dynamische, sich stets erneuernde Ausdruck lebendiger Gegenwart. Wenn wir Europa bejahen, so bejahen wir alle schöpferischen Kräfte des menschlichen Genius, die das Antlitz der alten und neuen Welt formen. Dieser Entwicklungsprozeß ist auch heute noch nicht abgeschlossen. Er führt aus der Vergangenheit in die Gegenwart und bestimmt den Gang und das Schicksal der Zukunft. Unser Glaube an Europa ist die bedingungslose Verehrung des Besten, was der Mensch bisher geleistet hat, der Glaube an jenes Schöpfertum, das von Europa ausgehend die ganze Erde erfaßt und verwandelt. Er ist das Bekenntnis zur Universalität des Denkens, zur Weite des Horizonts, zur Verständigung, zu Humanität, Duldsamkeit und Gerechtigkeit, zum Frieden, zur Freiheit und zum Fortschritt, zu der Zuversicht, aus dem Chaos einen Kosmos gestalten zu können. Wir müssen uns dieser Gesinnung immer bewußt bleiben und fest daran glauben, daß wir alle nicht nur nebeneinander leben können, sondern miteinander leben müssen. Als Bürgermeister von Wien obliegt mir die ehrenvolle Aufgabe, Sie im Namen der Stadtverwaltung willkommen zu heißen. Es hat

seine Berechtigung, daß wir Sie zu uns geladen haben. Österreich und Wien haben im Laufe der Geschichte immer wieder europäische Aufgaben erfüllt. Ich bin mir der Bedeutung, die der Tagung der Europäischen Presse in Wien zukommt, voll bewußt. Millionen Menschen in Europa und in der ganzen Welt hoffen auf ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlfahrt und wollen ihre Hoffnung erfüllt sehen. Warum sollte dies nicht möglich sein? Die Zeit ist reif dazu. Wir sind dazu bestimmt und beauftragt, sie zu nützen. Helfen Sie in Ausübung Ihres schönen und wichtigen Berufes mit, die Einigung Europas vorzubereiten, machen Sie von Ihrem Vorrecht Gebrauch, die öffentliche Meinung zu formen, damit wir alle über Widersprüche hinweg zueinander finden! Stellen Sie sich ganz in den Dienst des Gedankens, der uns als Ziel vorschwebt, die Idee der europäischen Gemeinschaft, die heute noch zu wenig im Bewußtsein verankert ist, Wirklichkeit werden zu lassen! Seien Sie Wegbereiter eines einigen Europas! Dies verlangt kein Unterordnen, sondern nur ein sinnvolles Einordnen in eine größere Gemeinschaft. Es entspricht der Tradition europäischen Denkens, sich solidarisch zu fühlen und über das Trennende das Gemeinsame zu stellen. Das Dunkel ist nicht finster genug, die Sehnsucht und die Hoffnung zu verbergen. Das Licht ist hell genug, allen zu scheinen. Ich begrüße in den Delegierten die Angehörigen vieler führender europäischer Redaktionsstäbe und bedeutender Organisationen, hervorragende Fachleute auf ihren Arbeitsgebieten, und wünsche Ihnen allen eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Ich begrüße aber auch alle anderen Anwesenden, die heute hier versammelt sind und damit ihr Interesse an unserer Veranstaltung bezeugen. Sie anerkennen auf diese Weise auch die Bemühungen der Stadt Wien, in die Reihe jener Institutionen einzutreten, die bestrebt sind, einer besseren, glücklicheren und schöneren Zukunft Bahn zu brechen.

Damit erkläre ich die Tagung der europäischen Presse 1958 für eröffnet!"

- - -

## Ballkalender

=====

22. Februar (RK) In der Woche vom 24. Februar bis 2. März finden in Wien folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Mittwoch: Sophiensaal (Polizeisportverein), Gschwandner (Alpine Ges. "Waldfreunde").

Donnerstag: Kursalon ("Wizo").

Freitag: Sophiensaal (SPÖ III), Messepalast (Betriebsrat der AEG-Union), Schwechater Hof (Verein der Siebenbürger Sachsen), Wimberger (Sportvereinigung Czeija, Nisslu. Co.).

Samstag: Sophiensaal (Kärntner Landsmannschaft), Stadthalle (Betriebsrat Österreichische Mineralölverwaltung), Messepalast (Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs-, Lederarbeiter, Fachgruppe Schuharbeiter), Kursalon (SPÖ Wieden), Palais Auersperg (Verband der Kriegsblinden), Schwechater Hof (Sportklub Firma Altmann), Wimberger (Alpine Gesellschaft "Alpenfreunde"), Zögernitz (SPÖ IX), Arbeiterheim X (Kleingärtner Favoriten), Gschwandner (Arbeitsgemeinschaft für Schlachtungen), Wiener Wirtschaftsclub (Ball der Musiklehranstalten der Stadt Wien).

Sonntag: Zögernitz (Betriebsrat der Volksoper), Wimberger (Kultur- und Sportverein der Wiener Verkehrsbetriebe, Sektion Musik), Arbeiterheim X (Kinderfreunde Favoriten).

- - -

Nach drei Wochen der 40.000. Besucher!

=====

22. Februar (RK) Morgen Sonntag wird im Laufe des Tages in Oberen Belvedere der 40.000. Besucher der großen Van Gogh-Ausstellung erwartet; nach nur drei Wochen Ausstellungendauer ein für Wien einmaliger Rekord. Der 40.000. Besucher wird wie die bisherigen Jubiläumsgäste der Ausstellung wieder von Stadtrat Mandl eine Erinnerungsgabe erhalten.

- - -

60. Geburtstag von Alois Podhajsky  
=====

22. Februar (RK) Am 24. Februar vollendet der Leiter der Spanischen Reitschule Oberst a.D. Alois Wilhelm Podhajsky das 60. Lebensjahr.

In Mostar geboren, wurde er Berufsoffizier und diente bis zum Ende des ersten Weltkrieges in einem Dragonerregiment. Später wurde er Lehrer in der Militärreit- und Fahrschule in Schloßhof und errang auf zahlreichen internationalen Reit- und Springturnieren für Österreich Preise. Sein größter Erfolg war die Verleihung der Bronzenen Medaille bei der Olympiade in Berlin im Jahre 1936. Nach 1938 übernahm er die Leitung der Spanischen Reitschule und erwarb sich um die Erhaltung dieses weltberühmten Institutes in schwerer Zeit sowie um dessen Neuaufbau besondere Verdienste. Die Reitschule wurde als Bestandteil der deutschen Wehrmacht erklärt und der Heeresverwaltung unterstellt. Als die Bombenangriffe auf Wien begannen, drängte Podhajsky auf die Evakuierung der wertvollen Pferde. Diese gelang ihm aber erst nach Überwindung der größten Schwierigkeiten. Er übersiedelte mit dem Großteil des Bestandes nach Oberösterreich und fand die Unterstützung der Amerikaner. Die Alpenjägerkaserne in Wels wurde sein neues Quartier. 1948 konnte die erste Auslandstournee unternommen werden. Nach dem Abzug der Besatzungstruppen kehrte die Spanische Reitschule wieder nach Wien zurück und wurde neuerlich ein Anziehungspunkt für den Fremdenverkehr. Oberst a.D. Podhajsky hat auch als Publizist in zwei Büchern und in vielen Artikeln für die Spanische Reitschule gearbeitet.

- - -

Geänderte Sprechstunden  
=====

22. Februar (RK) Donnerstag, den 27. Februar, finden die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten Bauer nicht von 10 bis 12, sondern von 8 bis 10.30 Uhr statt.

- - -

Gesperret bis Sonntag, 18 Uhr:

Chefredakteur Dr. Pollak begrüßt Tagung der europäischen Presse  
=====

22. Februar (RK) Bei der Eröffnung der Tagung der europäischen Presse sprach nach Stadtrat Mandl der Präsident des internationalen Presseinstitutes Chefredakteur Dr. Oscar Pollak (Wien) Begrüßungsworte. Er führte aus:

"Daß mir die Ehre zuteil wurde, Sie hier zu begrüßen, verdanke ich - wie das Programm verrät - offenbar dem Umstand, daß ich in diesem Jahr das Amt eines Vorsitzenden des Internationalen Presse-Instituts bekleide, obgleich das Institut offiziell mit dieser Veranstaltung nichts zu tun hat; das Verdienst, Sie eingeladen zu haben, fällt ausschließlich der Gemeinde Wien zu.

Aber ich habe die ehrenvolle Tatsache, daß ein Österreicher zum Präsidenten des Internationalen Presse-Instituts bestellt wurde, niemals als eine persönliche Würdigung, sondern immer als eine internationale Anerkennung für die gesamte freie Presse des freien Österreich aufgefaßt.

In ihrem Namen, als einer ihrer Vertreter möchte ich Sie alle herzlich willkommen heißen.

Dieses Land und diese Stadt, in der Sie sich versammelt haben, bedeutet etwas - wir sagen es ohne fälsche Bescheidenheit und ohne falschen Stolz - für die freie Welt, an deren Grenze es liegt.

Auf der anderen Seite bedeutet es gerade deshalb auch für uns sehr viel, hier eine so repräsentative internationale Versammlung der freien Presse willkommen zu heißen.

Und an der Erringung der Freiheit dieses Landes nach zehn schweren Jahren der Besetzung, an dem Kampf um sie, an der Behauptung der Freiheit in Österreich, hier, an der Grenze der Unfreiheit: daran hat die österreichische Presse ihren Anteil.

Als vor nunmehr bald vier Jahren das Internationale Presse-Institut in Wien seine Generalversammlung abhielt, da war Wien noch immer eine vierfach besetzte Stadt, wo man zwar nicht mehr den Dritten Mann, aber immer noch russische Soldaten und die Vier im Jeep sehen konnte.

./.



Seither, seit der Erlangung unserer Unabhängigkeit haben wir versucht, uns der vollen Freiheit nicht unwürdig zu erweisen. Wir hoffen, Sie werden sich überzeugen, daß wir die Zeit der Freiheit nicht schlecht genützt haben. Wir wurden durch Ereignisse an unseren Grenzen auf eine Probe gestellt und glauben, sie bestanden zu haben. Auch die freie österreichische Presse, ist, mit wenigen Ausnahmen, bemüht, die Verantwortung der Freiheit zu tragen.

Wir haben aber auch noch besser verstehen gelernt, daß es zu der Verantwortung der freien Länder in der heutigen Welt gehört, daß sie sich um die Überwindung der Enge, der Vereinzelung bemühen.

Wir verstehen besser, daß wir Europa einigen müssen, wenn wir die Demokratie erhalten wollen, wenn wir uns selbst erhalten wollen.

Glauben Sie mir, daß die österreichische Presse diesen Sinn erfaßt hat. Und deshalb freuen wir uns so, Sie hier begrüßen zu können: eine internationale Zusammenkunft der Presseleute im Dienste der Einigung der Völker."

- - -

Gesperrt bis Sonntag, 18 Uhr:

Minister Ing. Figl über Österreichs Mitarbeit in Europa  
=====

22. Februar (RK) Nach der Eröffnung der Tagung der europäischen Presse im Wiener Rathaus hielt Bundesminister Dr. h. c. Ing. Figl das erste Referat. Der Minister sprach über das Thema "Österreichs Mitarbeit in Europa". Er führte aus:

"Als Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten darf ich Sie in Österreich recht herzlich willkommen heißen. Sie sind auf Einladung der Stadt Wien in die österreichische Bundeshauptstadt gekommen, um zu beraten und zu diskutieren, welchen Beitrag die Presse leisten und auf welche Art sie zur Verwirklichung des Gedankens der europäischen Einheit beitragen kann. Wir alle sind uns dessen bewußt, daß die Presse einen der

./.

wichtigsten Faktoren bei der Erreichung dieses Zieles darstellt. Vor 150 Jahren hat die Macht des geschriebenen Wortes einen wesentlichen Anteil daran gehabt, daß die Einigung Europas verhindert wurde, eine Einigung allerdings, die nicht von dem freien Willen der europäischen Völker getragen war, sondern mit Gewalt herbeigeführt werden sollte. Die Bestrebungen der Gegenwart zur Erreichung dieses Zieles sind aber nicht von Zwang diktiert, sie entspringen nur der Notwendigkeit, um leben und überleben zu können. Es ist daher eine große und ehrenvolle Aufgabe, die die Presse bei diesem Vorhaben zu erfüllen hat und die ihr in diesem Ringen um eine Neugestaltung des Kontinents zugedacht ist.

Ich möchte Ihren Beratungen nicht vorgreifen, sondern erlaube mir nur, auf zwei Momente hinzuweisen, die die Einigungsbestrebungen fördern und beschleunigen können. Wir waren oftmals Zeuge, wie das geschriebene Wort den Gang der Geschichte beeinflusst, wie durch Massenverbreitung von Druckschriften in der heutigen Zeit Ereignisse erzwungen werden können; wir haben auch erlebt, wie durch das gedruckte und gesprochene Wort Völker eingelullt wurden und nach ihrem Erwachen sich mit Schauern an das Vergangene erinnerten; wir wissen aber auch, daß Völker zur Anspannung der letzten Kräfte ermuntert wurden, um die höchsten Güter dieses Lebens zu verteidigen. Die Macht der Presse ist groß, im Guten wie im Bösen. Wenn nun diese Macht des Wortes eingesetzt wird, um die Völker Europas in viel stärkerem Ausmaß als bisher mit der Idee eines vereinigten Europas vertraut zu machen und die zwingenden Gründe dieses beabsichtigten Zusammenschlusses aufgezeigt werden, weil wir nicht den Untergang, sondern den Fortbestand des Abendlandes wollen, dann ist, dank der Presse und ihrer weiten Streuung, eine wichtige Voraussetzung zur Verwirklichung dieses Gedankens erfüllt.

Der europäische Kontinent besteht aus einer Vielfalt von Staaten und Völkern. Einstmals war er eine Einheit, als nach dem Zusammenbruch des römischen Imperiums das Heilige Römische Reich Deutscher Nation die Nachfolge antrat und der Kaiser als

der weltliche Arm des Statthalters Christi auf Erden galt. Bald aber spaltete sich Europa und zahlreiche Nationen und Staaten bildeten sich. Dieser Prozeß hat in der Folge zu blutigen Auseinandersetzungen geführt, die teils in machtpolitischen oder religiösen, teils in wirtschaftlichen oder nationalen Erwägungen ihre Ursachen hatten. Viele Ressentiments haben sich aus dieser Zeit bis in unsere Tage herübergerettet und erschweren den Zusammenschluß Europas. Ich kann mir keinen wertvolleren Helfer bei der Beseitigung dieser Relikte einer Vergangenheit vorstellen als die Presse und die Erziehung der Jugendlichen zum europäischen und nicht nationalistischen Denken.

Aufgabe der Presse soll es daher sein, das Gemeinsame und nicht das Trennende hervorzuheben, bei allen Verpflichtungen dem Vaterlande gegenüber, die auch in einem vereinigten Europa nicht verschwinden werden und dürfen, dennoch europäisch zu schreiben und den Blick dem Morgen und nicht dem Gestern zuzuwenden. Man möge nicht befürchten, daß ich diese Gelegenheit benützen werde, um ein Problem anzuschneiden, das wir Österreicher ebenfalls im europäischen Geist gelöst sehen möchten, aber es gehört auch zu jenem Fragenkomplex, der einer Bereinigung bedarf, ehe ein vereinigtes Europa Wirklichkeit wird.

Österreich hat alle Bestrebungen, die auf einem Zusammenschluß der Länder und Völker unseres Kontinentes hinzielen, stets mit größter Aufmerksamkeit verfolgt und unterstützt. Ich brauche nicht im besonderen darauf hinweisen, daß der Gründer der paneuropäischen Bewegung ein Österreicher ist und die Österreicher an sich auf Grund der historischen Entwicklung und der Tradition so manche Voraussetzungen und auch Verständnis für den geplanten Staatenbund mitbringen.

Die politische Vielgestaltigkeit Europas hat dazu veranlaßt, den Hebel bei der wirtschaftlichen Einigung anzusetzen, was meiner Meinung nach auch der richtige Weg ist. Auf diesem Gebiet ist man auch dem Ziele am nächsten gekommen. Als Kernstück und Keimzelle möchte ich den Europarat nennen, dem Österreich als Mitglied beigetreten ist, weil es sich zum europäischen Kulturkreis gehörig betrachtet, sowie die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, kurz OEEC genannt, der

Österreich seit ihrer Gründung angehört. Auf all diesen Organisationen bauten dann andere auf. Österreich hat seine Mitarbeit und Teilnahme an der Freihandelszone zugesagt, weil dies nicht bloß seiner ideellen Haltung, sondern vor allem auch einer wirtschaftlichen Notwendigkeit entspricht. Unser ganzes wirtschaftliches Denken, wie überhaupt unsere ganze Einstellung zum Leben fußt auf den Anschauungen der christlich-abendländischen Kultur, und es war daher keine besondere Entscheidung zu treffen, welcher Wirtschaftseinheit Österreich beitreten wird. Allerdings berührt die Zugehörigkeit zur Freihandelszone nicht die handelspolitische Souveränität unseres Landes, die wir wegen des neutralen Status gewahrt wissen wollen, und läßt dem Handel mit Drittländern freien Spielraum.

Die Schaffung der Freihandelszone entspringt aber auch einer politischen Notwendigkeit. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft der sechs Staaten des römischen Vertrages hätte ohne Errichtung der Freihandelszone und deren Assoziierung, mit ihr die Gefahr einer neuerlichen Spaltung Europas heraufbeschworen, die nunmehr abgewendet werden wird. So ist in wirtschaftlicher Hinsicht der erste Schritt zum Zusammenschluß eines Teiles der europäischen Länder getan.

Das Zeitgeschehen strebt nach Einheit, nach Formung und Gestaltung von Großräumen und dieser Forderung darf sich Europa nicht verschließen. Noch lebt dieser alte Kontinent und besitzt ungeheure Kräfte, um auch in Zukunft ein entscheidendes Wort mitzusprechen und zwar in allen Belangen. Das wirtschaftliche Potential ist nicht geringer als das der anderen Blöcke und in geistiger Hinsicht kommt Europa bei planvoller Zusammenarbeit noch immer eine Führerstellung zu. Nur wenn wir uns selbst aufgeben, sind wir verloren, ansonsten aber sind wir nicht bloß befähigt, sondern auch berechtigt, die Ereignisse entscheidend mitzubestimmen und das Geschehen nach unserem Sinne zu beeinflussen.

Nach der Schaffung der europäischen Freihandelszone wird der wirtschaftliche Zusammenschluß Europas Tatsache sein, wenngleich die letzte Verwirklichung noch länger als ein Jahrzehnt

auf sich warten lassen wird. Jede Überstürzung würde auch unangenehme Folgen nach sich ziehen, die Zusammenarbeit nur erschweren und das organische Werden dieser Wirtschaftszone beeinträchtigen. Die Zeit des Überganges aber kann und soll zur weiteren Vertiefung des Europagedankens benützt werden. Da wäre in erster Linie die Erziehung zum europäischen Denken hin zu erwähnen. Bereits in der Schule müßte vor allem der Geschichtsunterricht auf das große Ziel ausgerichtet werden und die Betrachtungen nicht vom nationalen Standpunkt aus erfolgen. Bestrebungen in dieser Richtung sind ja bereits im Gange und ein Österreicher ist Vorsitzender dieses Arbeitskreises in Straßburg. Eine Intensivierung des Schüleraustausches wäre ebenfalls wünschenswert, denn der persönliche Kontakt untermauert die Freundschaft zwischen den Völkern, wie denn überhaupt durch die Aufhebung des Sichtvermerkwanges und die Erleichterungen beim Überschreiten der Grenzen mit Kraftfahrzeugen ein wichtiger und erfolgreicher Schritt zum gegenseitigen Besuch und Kennenlernen getan worden ist. Je mehr sich jeder unter Beibehaltung der nationalen Eigentümlichkeiten als Europäer fühlt und als Europäer handelt, umso mehr wird jenes Fundament gefestigt, auf dem das vereinigte Europa errichtet werden kann.

Es ist auch immer herzerfreuend zu beobachten, wie gerade in Unglücks- und Katastrophenfällen die europäische Solidarität zum Ausdruck kommt, wo plötzlich alle Zollschranken fallen, keine Grenzpfähle mehr existieren und die reine Menschlichkeit über alles Trennende triumphiert. Und hier gebührt der Presse besonderer Dank und Anerkennung, weil sie und die übrigen Nachrichtenmittel es in erster Linie sind, die sich in ehrlicher Begeisterung für eine gute Tat einsetzen und ein Beispiel europäischer Gesinnung geben sowie einen Beitrag zur Formung des europäischen Menschen leisten. Ich bin überhaupt der Überzeugung, daß man in den Mittelpunkt der Bewegung den Menschen stellen muß, soll das Werk gelingen. Eine wirtschaftliche Einigung oder ein politischer Zusammenschluß würde auf sehr schwachen Füßen stehen, ja ihre Verwirklichung gefährdet sein, wenn es nicht gelingt, den Menschen zum Europäer zu erziehen, ihn europäisch denken und handeln zu lehren. Ohne die Mitarbeit

der Presse wäre dieses Unterfangen von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Der Aufbau eines geeinten Europa bringt zweifellos für jedes Land Schwierigkeiten mit sich und erfordert von der heimischen Wirtschaft eine Umstellung und Anpassung an den großen, gemeinsamen Raum. Auch Österreich hat seine Sonderwünsche angemeldet und erhofft, daß seiner besonderen Entwicklung Rechnung getragen wird. Kein Land dieses Kontinents hat im Verlauf von nur 40 Jahren drei so entscheidende Umstellungen seiner Wirtschaft vornehmen müssen wie Österreich in den Jahren 1918, 1938 und 1945. Dennoch dürfen wir sagen, daß wir nicht als Bittsteller Einlaß in den europäischen Wirtschaftsraum heischen. Österreich hat sich dank seiner Freunde im Ausland und des Fleisses seiner eigenen Bewohner zu einem wirtschaftlich gesunden Staat entwickelt. Das Wort von der Lebensunfähigkeit Österreichs gehört der Vergangenheit an. Unsere Heimat kann nicht gerade arm an Bodenschätzen bezeichnet werden und manche unserer Industrien sind durchaus konkurrenzfähig mit dem Ausland. Der Erzberg liefert schon seit Jahrtausenden hochwertiges Eisenerz, das in den Alpentälern und an der Donau zu Stahl verarbeitet wird, aus dem Maschinen hergestellt und Bleche aller Art ausgeführt werden. Das östliche Niederösterreich liefert das wertvolle Erdöl und auch in anderen Teilen des Landes wird bereits mit Erfolg das kostbare Öl dem Boden ent-  
rungen und <sup>werden</sup> neue Hoffungsgebiete erforscht. Als eines der waldreichsten Länder Mitteleuropas ist das Holz eine wichtige Erwerbs- und Einnahmequelle der Bevölkerung und die holz- und papierverarbeitende Industrie ein potentieller Faktor im Wirtschaftsleben Österreichs. Als Gebirgsland, das wegen seiner Schönheit von Tausenden und Abertausenden Fremden aufgesucht wird, weist Österreich aber noch einen anderen Aktivposten auf. Mit der industriellen Entwicklung steigt der Bedarf an elektrischer Energie von Jahr zu Jahr und die Modernisierung der Haushalte, an die Europa nach den bitteren Jahren des Kampfes, des Elends und der Not erst jetzt schreiten kann, stellt zusätzliche Forderungen an den Strombedarf. Die Alpen mit ihren gewaltigen

Schnee- und Eismassen liefern das köstliche Naß zur Erzeugung von Strom und überall wachsen gewaltige Kraftwerke aus dem Boden. Österreich braucht aber den Strom, den die Wassermassen der Alpen liefern könnten, nicht für sich allein. Schon jetzt werden andere Staaten damit beteiligt und in finanzieller Zusammenarbeit neue Kraftwerksbauten errichtet, sodaß Österreich allmählich zur Kraftstation Europas wird.

So hat Österreich bei dem bevorstehenden Einbau in den europäischen Wirtschaftsraum nicht geringe Schwierigkeiten zu überwinden, die sich auf Grund seiner Entwicklung, seiner Lage und der strukturellen Eigenart seiner Wirtschaft ergeben, aber es bringt auch wertvolle Substanz und nicht zuletzt ein arbeitssames Volk mit, das auf allen Gebieten des Lebens Ersprießliches zu leisten vermag. Für die Verwirklichung der europäischen Einheit ist einzig und allein der Wille maßgebend, dieses Werk zu vollbringen. Es wird manches geopfert werden müssen, um Größeres dafür zu erhalten. Über allem aber steht die Aussicht auf ein Leben in Frieden und Freiheit in einem großen Vaterland, das sich Europa nennt.

An der Erreichung dieses Zieles mitzuarbeiten, ist die Pflicht aller, die ihr Vaterland lieben und für die es noch höhere Werte als Geld und Gut gibt. Die Presse kann dabei der wertvollste Helfer sein. In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Tagung viel Erfolg und einen angenehmen Aufenthalt in der von europäischem Geiste erfüllten Donaustadt Wien."

- - -

Vizebürgermeister Honay in der Sendereihe "Wiener Probleme"  
=====

22. Februar (RK) Morgen Sonntag wird diesmal Vizebürgermeister Honay in der Sendereihe des Österreichischen Rundfunks "Wiener Probleme" zu hören sein. Der Vizebürgermeister spricht über den Beitrag der Stadt Wien zur Bekämpfung der Jugendverwahrlosung.

- - -

Bleiben wir bei den Tatsachen!

=====

### Der Städtebund zu Finanzausgleichsfragen

22. Februar (DK) Eine Zurückführung verschiedener in der letzten Zeit erfolgten Presseberichte auf das richtige Maß im Zusammenhang mit der kürzlichen Beschlußfassung des Nationalrates über die Finanzausgleichsnovelle 1958 war der wesentliche Inhalt eines Referates, das der Vorsitzende des Finanzausschusses des Österreichischen Städtebundes, Stadtrat Slavik, Wien, gestern vor dem Hauptausschuß des Städtebundes in Linz gehalten hat. Er führte dabei u.a. folgendes aus:

"Während über Detailfragen des Finanzausgleichs-Abschlusses von allen Seiten im großen und ganzen objektiv berichtet worden ist, kam es in der Hauptsache, der Darstellung über die zu erwartenden Auswirkungen des im Vorjahr zur Diskussion gestandenen Vorschlages des Finanzministeriums für eine Neuregelung des Finanzausgleichs, zu Feststellungen, die im Interesse der tatsächlichen Verhältnisse einer Richtigstellung bedürfen.

Kernpunkt des Vorschlages des Finanzministeriums war es bekanntlich, die Gewerbesteuererträge zu 50 Prozent dem Bund zuzuerkennen, der seinerseits die Länder und die Gemeinden an einigen gemeinschaftlichen Bundesabgaben höher als bisher beteiligen und überdies die Landeshaupt- und die Bezirkestädte durch Finanzzuweisungen bevorzugen und sie dadurch im Effekt aus der gemeinsamen Interessenfront der Gemeinden herauslösen wollte.

Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, daß der Vorschlag des Finanzministeriums auf den Voranschlagszahlen des Bundes für das Jahr 1957 beruhte, wogegen der Städtebund von Anbeginn an auftrat - wie sich nun nach den Zahlen des Bundesvoranschlages für 1958 zeigt, mit vollem Recht. Der Städtebund hat von Anfang an ein Spiel mit Zahlen, von deren Richtigkeit das Schicksal vieler Gemeinden abhängen kann, abgelehnt, sich für die Erhaltung der Gewerbesteuer als eine Gemeindesteuer eingesetzt und die Entwicklung richtig vorausgesehen.



Während nämlich der Vorschlag des Finanzministeriums einen Verlust des Bundes von 73 Millionen Schilling vorsah, der den Ländern und Gemeinden hätte zugute kommen sollen, hätte der Bund tatsächlich nach den Zahlen des Voranschlages für 1958 ein Plus von 33 Millionen Schilling erzielt. Die Länder ohne Wien, die nach dem Vorschlag des Finanzministeriums 69 Millionen Schilling mehr als bisher hätten erhalten sollen, würden nach den Ziffern des Voranschlages 1958 89 Millionen Schilling erzielt haben, die Gemeinden dagegen, denen der finanzministerielle Vorschlag angeblich hätte Hilfe bringen sollen, und zwar in Form eines Mehrbetrages von 190 Millionen Schilling, würden nach den diesjährigen Voranschlagszahlen nur 99 Millionen Schilling auf Grund dieses Vorschlages erhalten haben. Wien als Land und Gemeinde schließlich, von Anbeginn an Hauptziel des Angriffes, der gegen die Bundeshauptstadt und die Industriegemeinden im Wege des Neuregelungsvorschlages geführt werden sollte, hätte nicht, wie nach den Berechnungen des Finanzministeriums angenommen werden mußte, 186 Millionen Schilling verloren, sondern 222 Millionen Schilling!

Die Vereinbarungen zwischen den Verhandlungspartnern des Finanzausgleichs, die nach der Ablehnung des Vorschlages des Finanzministeriums zu einem neuen Abschluß führten, auf den die vom Nationalrat beschlossene Finanzausgleichsnovelle 1958 basiert, brachte nun eine Neuverteilung der Lasten, die für alle Seiten erträglich ist, ohne voll befriedigend zu sein. Der Bund wird demnach 119,8 Millionen Schilling zuzuschießen haben, die Länder werden mit 69,7 Millionen Schilling besser abschnitten als bisher. Wien als Land und Gemeinde verliert 25 Millionen Schilling, während die Gemeinden ohne Wien mit einem Mehr von 175 Millionen Schilling rechnen können. Dieser Mehrbetrag wird vor allem den finanzschwachen Gemeinden eine bedeutende Besserstellung bringen - zu einem nicht unerheblichen Teil zu Lasten der Industriegemeinden.

Leider wurde der Vorschlag des Finanzministeriums zur Neuregelung des Finanzausgleichs im Vorjahr aus der Atmosphäre sachlicher Beratungen herausgehoben und zu einer parteipoliti-

schen Prestigefrage gemacht. Im Rahmen des Städtebundes selbst fand sich von Anfang an eine vom Parteistandpunkt unabhängige starke Mehrheit gegen den ministeriellen Vorschlag, und wie sich nun zeigt, war diese Ablehnung durchaus begründet. Im übrigen sprachen sich auch einige Landesorganisationen des Österreichischen Gemeindebundes gegen den Plan des Finanzministeriums aus. Die unter Schwierigkeiten zu Ende geführten Verhandlungen, deren Ergebnisse in der Finanzausgleichsgesetz-novelle 1958 niedergelegt wurden, bedeuten keine ideale Lösung. Sie waren jedoch unter den gegebenen Verhältnissen das Bestmögliche für die Gesamtheit der Gemeinden. Das neuerliche Entgegenkommen der Städte und Industriegemeinden war bedeutend, die erzielte Hilfe für die sogenannten finanzschwachen Gemeinden dementsprechend erheblich. Eine Neuregelung des Finanzausgleichs für längere Dauer, die dringend erforderlich ist, wird kein Stückwerk sein dürfen, sondern die Bedürfnisse aller am Finanzausgleich beteiligten Gebietskörperschaften zu berücksichtigen haben. Dabei aber - und das muß schon jetzt mit aller Deutlichkeit festgestellt werden -, wird nicht nur von den Wünschen einiger Gemeindegruppen auszugehen sein; Maßstab für eine künftige Lösung muß die Fülle der Aufgaben und Verpflichtungen der Gemeinden gegenüber ihren Bürgern sein."

- - -